



Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- geeignete Maßnahmen zu ergreifen und sicherzustellen, dass im Beschaffungswesen und bei der Ausschreibung im Land Schleswig-Holstein in Zukunft nur Produkte verwendet werden, die unter Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, insbesondere ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 hergestellt wurden. Ökologische Standards und Standards des fairen Handels sollen in geeigneter Weise berücksichtigt werden. Der Nachweis ist durch Zertifizierung einer unabhängigen Organisation, oder - wo dies nicht möglich ist – eine Selbstverpflichtungserklärung zu führen,
- auf Kommunen, im öffentlichen (Mehrheits-)besitz befindliche Gesellschaften und weitere öffentliche Einrichtungen einzuwirken, nach derselben Maßgabe zu verfahren,
- sich gegenüber der Bundesregierung im Rahmen der Novellierung des Bundesvergaberechts für eine verbindliche Verankerung sozialer und ökologischer Kriterien im Beschaffungswesen und bei Ausschreibungen einzusetzen,
- dem Landtag ein Jahr nach Beschlussfassung über den Stand der Umsetzung zu berichten.

Begründung:

Das Land Schleswig-Holstein und seine Kommunen geben jedes Jahr große Beträge für die Beschaffung von Gütern aus, wie zum Beispiel Bälle für den Schulunterricht, Pflastersteine, Arbeitsbekleidung. Diese Waren werden zum Teil unter katastrophalen Arbeitsbedingungen, Menschenrechtsverletzungen und mit ausbeuterischer Kinderarbeit produziert.

Diesem Missstand muss entgegengewirkt werden. Die Gewährleistung von Mindeststandards bei öffentlichen Aufträgen ist ein wirksamer Beitrag zur Schaffung besserer sozialer Strukturen und verbesserter Wirtschaftsgrundlagen in den betroffenen Regionen.

Einige Landesparlamente, darunter Bayern, Bremen und das Saarland, haben bereits entsprechende Beschlüsse gefasst.

Karl-Martin Hentschel
und Fraktion